

Newsletter EXTRA

November 2019

Tagung am 2. November 2019 in Hannover:

30 Jahre nach der demokratischen Wende – Erinnerungspolitik in Europa

Mit:



Der Verein Netzwerk Erinnerung und Zukunft in der Region hat in Kooperation mit mehreren hier abgebildeten Partner*innen am 2. 11. 2019 eine Tagung unter dem Titel „30 Jahre nach der demokratischen Wende – Erinnerungspolitik in Europa“ veranstaltet.

Etwa fünfzig Interessierte wollten die Vorträge und Debatten an diesem Samstag verfolgen. Der Verein hätte gern alle spannenden und lehrreichen Vorträge in schriftlicher Form veröffentlicht. Doch die Ressourcen unserer Gastreferent*innen reichten angesichts ihrer Verpflichtungen und Arbeitsbelastungen für diesen mühsamen Prozess nicht aus. Wir haben volles Verständnis dafür. Als wahrlich nicht hinreichenden aber informativen Ersatz haben wir einen Bericht von Jens Gundlach im Newsletter November 2019 veröffentlicht, der kurz und knapp diese Tagung zusammenfasst.

Ohne einen „Heimspielvorteil“ ausnutzen zu wollen, veröffentlichen wir hier auf vielfachen Wunsch den Vortrag von Peter Schyga, der in seiner Zweiteigenschaft als freier Historiker die Tagung eingeleitet hat.

Peter Schyga: Geschichtspolitik und Erinnerungskultur – im kritischen Rückblick zu neuen Aufgaben der Gegenwart¹

Liebe Anwesende,

ich freue mich, dass so viele Menschen den Weg hierher gefunden haben, haben Sie Dank dafür, seien Sie herzlich willkommen. Bevor ich mit meinem eigentlichen Thema beginne, lassen mich vorher kurz noch einige persönliche Bemerkungen los werden, die mit meiner Person und mit meiner Funktion als Referent des Netzwerks zusammenhängen, dann wende ich mich als Historiker an Sie.

Erstmal bedanke ich mich als Organisationsverantwortlicher für diese Tagung bei allen Kooperationspartnerinnen für die tatkräftige und sachkundige Mitarbeit. Mich hat in der Vorbereitung kaum etwas genervt, und das ist bei so einem doch komplexen Konstrukt wie der Organisation einer gemeinsamen Tagung ungewöhnlich. Ich weiß wovon ich rede, denn ich habe schon anderes erlebt. Also liebe Bärbel [Reißmann; RLS] und Anne [Bonfert; SLU] euch vielen Dank, ein Dank natürlich auch Michael [Dunst; ver.di Bildungswerk Hannover] und Sascha [Dudzik; IG-Metall Hannover] sowie Herrn Kreter[Stadt Hannover] und Frau Burmeister [Region Hannover] und nicht zuletzt Frau Radujkovic und ihrem Team, die diesen Raum für uns hergerichtet haben.

Mein besonderer Dank aber gilt unseren referierenden Gästen, die den Weg nach Hannover gefunden haben.

Mir ist es seit langem ein Bedürfnis, mich mit Kolleginnen und Kollegen aus dem europäischen Raum jenseits der Elbe auszutauschen und vor allem von ihnen zu lernen, denn die Menschen im ehemals politisch abgegrenzten Ost-Mitteleuropa haben vor 30 Jahren mit Revolutionen ihre politischen Systeme gesprengt. Etliche Tagungen und Veranstaltungen habe ich dazu im Osten der Republik besucht, diese und jene bildungspolitische Tour zusammen mit dem Bürgerrechtler Wolfram Tschiche durch die neuen Bundesländer unternommen und diese Aktivitäten als hohen persönlichen Gewinn verbucht. Diese doch losen Verbindungen zu stärken, war und ist mir ein hohes Anliegen – und auch die Lebensleistungen dieser mutigen Menschen, von den welche heute hier sind, zu würdigen. So konnten wir zu unserer Tagung über Rechtsextremismus in Europa vor zwei Jahren János Wildmann aus Ungarn für einen Vortrag gewinnen – ich hatte ihn für heute eingeladen, er musste aber mit Bedauern absagen, weil das Bildungsinstitut, an dem er arbeitet, mächtig unter Beschuss der Orban-Administration steht – er also vor Ort gebraucht wird. Im letzten Herbst hat Wolfram Tschiche hier in Hannover über seine Eindrücke als junger DDR-Bürgerrechtler zum Prager Frühling 1968 und dessen Niederschlagung referiert und den Anwesenden einen anderen Blick auf dieses Jahr jenseits der Selbstlobpreisung der westlichen 68er, die hier in einer Ausstellungen angeboten wurde, gewährt.

Ich freue mich also aufrichtig, dass zu dieser Tagung Mira Keune, Ulrike Poppe, Wolfgang Templin und William Totok als Referentinnen und Referenten gekommen sind. Wolfgang Templin, William Totok und ich haben uns einige male auf Veranstaltung ehemaliger Bürgerrechtler*innen getroffen: Ich war meist der einzige Wessi, sozusagen der Zaungast bei

¹ Leicht redigierte Fassung des Vortrags auf der Tagung 30 Jahre nach der demokratischen Wende – Erinnerungspolitiken in Europa des Netzwerks Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover e.V. am 2.11.2019 in Hannover

Klassentreffen, der nur staunen und lernen konnte. 2009 durfte ich als Autor der Zeitschrift *Kommune* mit Wolfgang und dem Kollegen Andrzej Stach ein langes Zeitzeugengespräch zu 20 Jahre nach der Wende führen. Dabei habe ich ihn näher kennengelernt; zudem veröffentlichte Wolfgang Templin in dieser Zeitschrift zahlreiche lehrreiche Artikel zu Polen und der Ukraine. William Totoks Artikel und Kolumnen in der *taz* und sein lebendiger Vortragsstil sind mir in guter Erinnerung, schön dass ihr gekommen seid.

Von Ulrike Poppe hatte ich natürlich schon einiges gehört, erleben durfte ich Sie live in diesem Sommer auf einer Tagung der Bundeszentrale für Politische Bildung, als sie zu Protesten in der DDR sprach. Unsere Bitte, hier zu referieren, hat sie erhört, ich freue mich, Sie zu sehen und bin gespannt auf Ihre Ausführungen. Mira Keune kannte ich bis heute nicht persönlich, nur die spannende Arbeit des Grenzlandmuseums, das sie leitet. Auf Anne Bonferts Einladung hin hat sie sofort zugesagt, sie wird uns im letzten Panel in die Zukunft führen.

Wenn ich eben von meinen Lernerfahrungen und Lernbedürfnissen gesprochen habe, so ist nun der – vielleicht ein wenig holprige – Link zu unserer Tagung geknüpft. Denn wir beschäftigen uns heute in Hannover mit Erinnerungs- und Geschichtspolitik, die gemeinhin außerhalb des Horizonts unserer Erfahrung und Praxis hier vor Ort stehen. Wir, die wir mit westdeutscher Erinnerungskultur groß geworden sind, bevor es diesen Begriff überhaupt gab, die in diesem eng begrenzten nationalen Rahmen arbeiten, wollen also erfahren, was woanders diese Begriffe eigentlich bedeuten, wollen uns über Geschichte anderer Regionen Europas und ihrer Bearbeitung informieren.

Und – wenn es der Verlauf des Tages hergibt, wollen wir diesen Samstag nutzen, um Verbindungen zu knüpfen, praktische Schritte zu Dialog und Austausch in Europa anzugehen und einer in etlichen Absichtserklärungen und Konzepten formulierten Europäisierung von Erinnerungskulturen praktisch näher zu kommen.

Fürs Voranschreiten scheint mir aber ein kritischer Blick zurück und eine selbstkritische Beurteilung des Jetzt hier bei uns nötig. Bei uns, das meint in dem Teil eines seit 30 Jahren vereinten Landes in der Mitte Europas, das ungeheuer viel auf sich hält, eine vorbildliche demokratische und exportfähige Erinnerungskultur entwickelt zu haben.

Selbstreflexion deshalb, weil es scheint, dass wir uns ausruhen auf geleisteter Arbeit, die sich in Gedenkstätten, Erinnerungsorten, in Museen, pädagogischen Einrichtungen etc. bei Gedenkritualen oder anderen Liturgien des guten Willens und der guten Taten ausdrücken. Wir drohen uns in einer Art „Wohlfühl-Erinnerungskultur“ einzurichten, wie Jens-Christian Wagner, der Geschäftsführer der Stiftung nds. Gedenkstätten in seinem Vortrag am 27. Januar 2019 formulierte. Er hatte diese Erscheinung wesentlich auf die Opferzentriertheit, den nachlässigen Blick auf die NS-Volksgemeinschaft in unseren Stätten und Einrichtungen des Gedenkens und Erinnerns zurückgeführt. D'accord, doch heute möchte ich einen Aspekt hervorheben, der darüber hinaus geht und im Titel der Veranstaltung zentral benannt wird:

Es geht um Politik.

Betreiben wir eigentlich noch Politik, Geschichts- oder Erinnerungspolitik? Sprich: ringen wir in dieser Gesellschaft, in Foren der politisch-gesellschaftlichen Kommunikation und des politischen Streits mit Argument und Aktion um das, was war, um das, was wahr – mit h – ist? Oder richten wir uns eher darauf ein, das Vorhandene zu pflegen, zu schmücken und die Präsentationsformen den sich ändernden Konsum- und Wahrnehmungsgewohnheiten

anzupassen, kümmern uns also in erster Linie sozusagen um Volkspädagogik mit dem Aushängeschild der sorgenden Pflege von Jugendlichen?

Das mag wohl eine provokante Formulierung sein, gewiss auch in ihrer Pauschalität ungerecht, doch wir sollten schon prüfen, ob der Elan zu Interventionen im politischen Alltag der Gegenwart zu sehr erlahmt ist, ein Elan, der im Streit der Erinnerungskulturen um eine Deutungshoheit von Geschichte, Gegenwart und Gestaltung der Zukunft dringend benötigt wird. Ich will den liebgewonnenen Begriff Erinnerungskultur heute gar nicht weiter erörtern, jedenfalls nicht wie im allgemeinen Diskurs üblich auf einer Metaebene. Er klingt so schön nach Harmonie, nach Konsens – sowieso hat Kultur ja den Ruf, das Schöne, Wahre, Erhabene, dem Alltagsstreit entrückte zu sein.

Das ist natürlich alles eine Schimäre.

Wir müssten es alle besser wissen, wir müssten wissen, dass wir uns mit der faktengestützten wissenschaftlichen Bearbeitung von Geschichte beschäftigen, dass wir die Ergebnisse und Erkenntnis dieser Geschichtsarbeit in politischer Auseinandersetzung innerhalb der Gesellschaft vertreten und möglichst mehrheitsfähig machen wollen. Solch Vorgehen nennt man Geschichtspolitik betreiben. Und diese verläuft in Auseinandersetzung, im Streit um Fakten und Argumente, um Perspektiven, Sichtweisen und auch und gerade um Normative.

Das war schon immer so, nur scheinen wir das vergessen zu haben. Wir sollten uns erinnern, dass das Ringen um eine Erinnerungskultur, wie sie heute vorherrschend ist, sich speiste aus den gesellschaftlichen Kämpfen gegen repressive Staatsapparate und gegen autoritäre gesellschaftliche Verhältnisse, aus Kapitalismuskritik und der Suche nach anderen Gesellschaftsentwürfen. Der Widerspruch und der Widerstand gegen die „herrschenden Verhältnisse“ und ihre Repräsentanten auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens war ein Antrieb einer jungen Generation, deren Geschichte und den tatsächlichen und vermeintlichen Kontinuitäten nachzuspüren.

Gewiss waren die Geschichtswissenschaft und politische Wissenschaft nicht untätig bei der Aufarbeitung der Vergangenheit, wobei wir uns ihre Konjunkturabhängigkeit vergegenwärtigen müssen. Nur zwei Beispiele: Raul Hilbergs monumentale Untersuchung zur Vernichtung der europäischen Juden fand erst 20 Jahre nach ihrer Erstveröffentlichung Anfang der 80er Jahre eine Übersetzung ins Deutsche und Franz Neumanns 1944 veröffentlichte und 1963 bei Octagon Books neu herausgegebene Studie „Behemoth, Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944“ fand mit Gert Schäfer erst 1977 einen kundigen Übersetzer für die EVA. Und noch einmal 7 Jahre später erhielt dieses grundlegende Werk als Fischer Taschenbuch eine gewisse Verbreitung.

Dass sich im Laufe einer langen Zeit eine andere, demokratischen Normativen verpflichtete Erinnerungskultur unter dem Schlagwort „Nie wieder...“ in der Gesellschaft herausbilden konnte, hatte aber einen wesentlichen Grund in den gesellschaftlichen Bewegungen gegen die Politik der damaligen Gegenwart. Denn es ist nun mal so: Geschichte lauerte und lauert überall in der Politik und im anderen Leben. Indem der CDU-Fraktionsvorsitzende im Bundestag Rainer Barzel Willy Brandt als Herrn Frahm anredete, zieh er den von den Nazis ins Exil Getriebenen als Vaterlandsverräter und diskreditierte damit zumindest die deutschen Opfer des NS-Regimes. Erich Mende, der damalige FDP-Fraktionsvorsitzende ließ mit

stolzgeschwellter Brust seine Ritterkreuze am Revers baumeln und Kurt-Georg Kiesinger, ein tief im NS-System verstrickter Mann, war Bundeskanzler.

Und noch ein persönliches Erleben will ich ihnen nicht vorenthalten, weil es die Erfahrungen vieler damals junger Menschen teilte: Von den Lehrkräften auf meinem Gymnasium ging erst 1971 die letzte pädagogische Fachkraft aus der Zeit, als die Anstalt eine NAPOLA war, in Pension.

Das alles und noch viel, viel mehr waren Zustände in der Gegenwart, die als unerträglich empfunden wurden, Zustände, die viele auf die Barrikaden trieben, gesellschaftliche Zustände, die danach drängten, in ihrer Geschichte verortet zu werden. Ungefähr zu der Zeit als Willy Brandts zentraler Ausspruch in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 „Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, sondern wir fangen damit erst richtig an. Mehr Demokratie wagen“ die Menschen zum Aufbruch ermunterte, löste sich allmählich der nationalistisch verdruckte, Vergangenheit verdrängende Mehltau, der über der mehrheitskollektiven Geschichtswahrnehmung waberte.

Lassen Sie mich mit wenigen Episoden, manche mögen Anekdoten sagen, auf die Zeit in Westdeutschland seit 1945 zurückblicken, um zentrale Elemente des spät gebrochenen Erinnerungskulturkanons an Beispielen, die fürs Allgemeine gültig sind, aufzurufen:

Am 25. April 1945 notierte ein Goslarer Chronist in sein Tagebuch – die Stadt war am 10. April den Amerikanern kampflos übergeben worden,–: „Bedrückend die Fremdvölker in der Stadthalle – Morgens um halb neun schläft die Halle noch, mittags wird gesotten und gebraten: Riechenberger Hammel und was die Deutschen sonst liefern müssen. Nach dem Mittagsschlaf ist Sport auf deutschen Autos, Motorrädern und Fahrrädern. Auch ein Flügel steht im Freien und wird behämmert. Am Helleberg schmutschen in der Baracke die Tiroler aus dem Moringer Jugendlager, ‚Austria‘ steht groß an der Tür. Unten an den Scheunen leben die Italiener wie Herrgott in Frankreich. Es ist ein Jammer, man braucht nicht zu arbeiten, man lebt doch. Alles ist eigentlich da, Milch, Fleisch, Zucker, und uns fehlt es am Brot.“²

In der ersten Sitzung des von den Briten bestimmten Stadtrats am 29. Juni 1945 äußerten sich die Ratsherren zu den nun „Ausländer“ titulierten ehemaligen Zwangsarbeiterinnen, die nun unter dem Status von Displaced Persons (DPs) besonderen Schutz durch die West-Alliierten hatten.

„Die Ausländer verursachen der Stadt ganz ungeheure Ausgaben. In kurzer Zeit sind schon Kosten in Höhe von 200.000 RM entstanden. Das kann nicht so weitergehen. Doch stehen wir der Ausländerfrage machtlos gegenüber. [...] Senator Söffge [SPD-Senator in Weimarer Zeit. PS] spricht über die Abschachtung des Viehs, auch der wertvollen Zuchttiere, durch Ausländer. Er beantragt, mit allen Mitteln dagegen einzuschreiten. [...] Dr. Fricke [Baustoffhändler und späterer Vorsitzender der Landes-CDU und Wirtschaftsminister, PS] bringt zum Ausdruck, dass jedem anständigen Menschen der Gedanke unerträglich sein müsse, dass die Ausländer hier in

² Stadtarchiv Goslar (StAGS), Thielemann in kleine Erwerbungen Zg. 86/69

Deutschland nicht arbeiten, frei und gut leben und obendrein noch plündern. Es müsse unbedingt Entlastung angestrebt werden.“³

Etwa 5.000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter waren insgesamt während des Zweiten Weltkriegs nach Goslar verschleppt worden. Sie arbeiteten im Bergwerk, auf den Hütten, in den Chemie- und Glasbetrieben, bei Bauern und Handwerkern, als Hilfsarbeiter bei der Stadt. Auf die Idee, dass sich Großbetriebe und Handwerker mit der Verschleppung und menschenverachtenden Behandlung von zwangsrekrutierten Arbeiter*innen eines Verbrechens schuldig gemacht hätten, kam man/frau überhaupt nicht. Den Fremdarbeiter*innen bei ihnen sei es gut gegangen, da erwarte man Dankbarkeit, Respekt und Fortsetzung von Unterwerfung, lautete die kollektive Erzählung.

Die Post-NS-Volksgemeinschaft hatte die Kriegsniederlage nicht verkraftet, war desorientiert und fand so einen Feind, um den sie sich sammeln konnte. So wurde Geschichtsdeutung unmittelbarer Vergangenheit in Erinnerung formatiert, konserviert und jahrzehntlang transportiert. Als über 50 Jahre später an der Schwelle zum 21. Jahrhundert bei meinen Forschungen zur Reichsbauernstadt Goslar umfassende, im Archiv gehütete Daten und Akten zum Thema Zwangsarbeit ans Licht traten, kam geballter Zorn, die Erzählung von damals wiederkauernd, aus einflussreichen Teilen des öffentlichen Lebens über mich. Gemütlich war die Politik, die Organisierung von Öffentlichkeit und handelnden Menschen, die um historische Wahrheit ringen mussten, nicht.

Als 1950 in Bad Harzburg das „Kreuz des Deutschen Ostens“ errichtet wurde, beschworen vor 20.000 Besuchern Landes- und Bundespolitiker aller staatstragenden Parteien die Einheit Deutschlands in den Grenzen von einst.⁴ Mein Diercke Schul-Weltatlas aus dem Jahr 1968 kannte noch die Bezeichnungen „gegenwärtig unter polnischer bzw. russischer Verwaltung“ für die Gebiete jenseits der Oder/Neiße und natürlich SBZ für die DDR. Ein nach 1945 mit der Verehrung von Weltkrieg II-Kriegern, mit Aversionen gegen die Westalliierten, mit Ressentiments gegen als undeutsch ausgemachte Haltungen und Meinungen gespickter Reichsnationalismus prägte die westdeutsche hegemoniale Erinnerungskultur bis in die 60er Jahre. Diese reichsdeutsche Erinnerungskultur hatte Deutschland in seiner angeblich so stolzen Geschichte seit den Ottonen im Blick. Die zwölf Jahre Nationalsozialismus galten als unschöne Episode, für die man sich quasi entschuldigte, die aber bewältigt werden musste – wie man damals sagte.⁵

Der offizielle und konsensstiftende Blick auf die jüngste Geschichte enthielt damals folgende zentrale Elemente:

Das nationalsozialistische Regime ist zu verurteilen, es war verbrecherisch nach innen und außen. Die NS-Politik der Vernichtung der europäischen Juden war dabei – lassen Sie uns das nicht vergessen – ein Randthema. Die normalen Deutschen waren in das NS-Regime hineingeschlittert und konnten sich dann nicht mehr erwehren. Deshalb ist es richtig, einen Schlussstrich zu ziehen und die NS-Gefolgschaft in das Gemeinwesen zu integrieren. Schließlich sind die Kriegsverbrecher verurteilt und die SRP als Nachfolgeorganisation der

³ StAGS: Protokoll Magistratssitzung 29.6.1945.

⁴ Es krachte 1998 in einem Sturm zusammen, wurde aber im September 2000 wiedererrichtet.

⁵ Vgl. dazu als regionales Beispiel exemplarisch für das ganze Land meine Studie: Goslar 1945-1953. Hoffnungen Realitäten Beharrung, Bielefeld 2017.

NSDAP verboten und mit ihr ein Rechtsextremismus in Deutschland überhaupt. Die Vertreibung von Millionen Deutschen war Unrecht, das die Alliierten auf sich geladen haben. Die Teilung Deutschlands und der Verlust der Ostgebiete war ein zu hoher Preis für die Verfehlungen dieser 12 Jahre Nationalsozialismus. Die Lehren aus der Geschichte zu ziehen, heißt, in die Gegenwart und Zukunft zu schauen, sich mit den Westalliierten zu versöhnen und Front gegen den gemeinsamen Feind, den Kommunismus in und außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik zu machen.

Es gab zu diesen Setzungen nur vereinzelte massive Gegenstimmen aus Teilen der Wissenschaft und des Feuilletons, aus Teilen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, von organisierten oder unorganisierten Kommunisten und von Opferverbänden. Manche Opfer wurden nicht gehört, oder wie die verfolgten Kommunisten zu Feinden der Gegenwart erklärt. Verhaltene Kritik an den Gedenkritualen an die Kriegsoffer, bei denen die deutschen Verbrechen selten vorkamen, oder Widerspruch gegen die Integration von Nazis ins öffentliche Leben passten nicht zum Generalkonsens, fanden keine nennenswerte Öffentlichkeit und wurden oft mit Verve bekämpft. Landserhefte dagegen verkauften sich gut.

Im Prozess der Aufarbeitung der Geschichte, wurde dieser sich in Ressentiments verwandelten Erinnerungskultur vielfach der Stachel gezogen – unter großen Mühen und mit erheblichen Rückschlägen. Ich erinnere nur an die Aufschreie als Fritz Fischer den Deutschen die Illusion raubte, dass zumindest der Erste Weltkrieg unverschuldet über sie hereingebrochen sei. Im Zuge des Historikerstreits schien nun aber wirklich alles gesagt zu sein, als ein Jahrzehnt später die in einer Ausstellung dokumentierten Verbrechen der Wehrmacht als Fälschung oder zumindest Interesse geleitete Geschichtsklitterung diffamiert wurde.

Vor allem aber fand der Streit um den Blick auf die Vergangenheit im kleinen, lokalen und regionalen Raum statt. Hier wühlten oft junge Menschen unter dem Motto „Grabe wo du stehst“ in der Vergangenheit von Menschen, die eben diese noch erlebt hatten, die sich nun verhalten mussten, wenn Worte, Taten und Verbrechen aus dem unmittelbaren Lebensbereich ihrem Vergessen und Verdrängen entrissen wurden. Manchmal – oft allerdings belächelt und wegen ihres Laientums gescholten – wurden sie von Universitätsinstituten professionell unterstützt, manchmal nahmen diese sich selbst Themen wie Judenverfolgung, Zwangsarbeit, Widerstand an. Wir haben heute unter uns einige, die diese Zeiten aktiv mitgestaltet haben. Lang – lang ist's her. Doch wir werden uns alle erinnern, welche politischen Kämpfe gefochten werden mussten, bis schließlich – auch befördert durch die Aufsehen erregenden und Menschen mobilisierenden Holocaust-Serien im Fernsehen – der Gedenkstättenboom der 90er Jahre einsetzte. Geschichte und Erinnern wurde in Kultur gegossen, wurde institutionalisiert, professionalisiert und – so meinten jedenfalls einige – durch eine Verstaatlichung dem politischen Streit innerhalb der Gesellschaft entzogen.

Wieder etliche Jahre später stellen wir fest, dass die kollektiven Ressentiments, die als überwunden galten, nicht verschwunden sind. Wir erleben nun eine Zeit, dass die Berufung auf kollektive Identitätsimaginationen, auf Nation und Stammesvolk, auf autoritäre Staatsbegriffe, rassistische Vorstellungen und Ideologien hoch im Kurs sind.

Ihre Protagonisten haben sich, wie etwa Volker Weiß⁶ gezeigt hat, systematisch weiter organisiert und international vernetzt. Aufmerksamen Leser*innen von Studien zum Rechtsradikalismus von der ersten SINUS-Studie bis zu den „Deutschen Zuständen“ aus Bielefeld oder den FES/-Leipziger Forschungen zum Rechtsextremismus wird nicht entgangen sein, dass der Resonanzboden für die Ideen der „Konservativen Revolution“ latent aber durchaus messbar und formulierbar immer bestand. Die Rechtsradikalen haben, wie Ilko-Sascha Kowalczuk jüngst schrieb, „anders als alle anderen politischen Kräfte an langfristigen Strategien gearbeitet“.⁷

Nun erleben wir eine Zeit, in der diese Kräfte über politische Streitpunkte zu Gegenwartsproblemen ihre Aufmerksamkeit erhöht haben, eine Zeit, in der ihre Selbstermächtigungen wie „Wir sind das Volk“ von Pegida, Gauland und anderen dramatisch Unterstützung erfahren. Im Zuge ihrer politischen Agenda der Ausgrenzung, einer Volks- und Staatsautoritarismus-Beschwörung und von Feindbildkonstruktionen wird die Reaktivierung vergangen geglaubter erinnerungs- und geschichtskultureller Legenden zur Waffe bei der Mobilisierung von Massen um politische Macht. Es geht diesen Kräften um die politische Macht, um politische Macht zur Zerstörung demokratischer Gegenwart. Die Diskreditierung demokratischer Werte durch Reaktivierung von Geschichtsbildern, die nationale Stärke und Größe, Staatsautoritarismus, Selbstbehauptung und Selbsterhöhung anbieten, scheint ein wirksames Instrument dabei zu sein. Ulrike Nimz drückte vorgestern in der SZ diesen Sachverhalt auf den Osten der Republik bezogen so aus: „Die AfD hat die Wut über Versäumnisse der Wiedervereinigung und das häufig noch in der DDR wurzelnde Misstrauen gegenüber Staat und Medien aufgegriffen und zu einem ostdeutschen Nationalchauvinismus kanalisiert. Anderen lieferte sie schlich eine neue Erzählung für ihren alten Rassismus.“ Wir werden erörtern, ob man das so stehenlassen kann.

Heute sehen wir uns mit Geschichtspolitikern rechter und revisionistischer Kräfte konfrontiert, die unsere lieb gewonnene Erinnerungskulturharmonie angreifen. Und wir sind bass erstaunt, dass es noch andere Auffassungen und Geschichtserzählungen jenseits dessen, was wir für den Mainstream halten, gibt, Auffassungen, die durchaus anschlussfähig sind, die ihr Publikum finden, und die in hohem Maße politisch wirkungsmächtig sind.

Es ermüdet, es ist langweilig, sich zum 59sten Mal über Gauland- Höcke-Weigel oder anderer Leute geschichtsrevisionistische Sprüche zu erregen. Das mag wohlfeil daherkommen und Gutmeinende in Empörung vereinen. Nur löst dies kein einziges Problem.

Ein Problem – um ein ganz kleines Beispiel der Gegenwart anzusprechen – haben wir hier praktisch erlebt, als eine aufgebrauchte Menge von meist gut situierten Bürgerinnen und Bürgern des Zooviertels ihren heiligen Zorn gegen einen Rats- und Bezirksratsbeschluss, die Hindenburgstraße umzubenennen, in oft unflätiger, auf jeden Fall hoch emotionaler Art und Weise, bar jeder Einsicht in historische Fakten und Begründungen formulierten.

Ich muss in diesem Zusammenhang immer wieder Hannah Arendts Beobachtung zur Endphase Weimarer Zeit denken:

⁶ Volker Weiß: Die autoritäre Revolte. Die NEUE FRECHTE und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017; dazu auch: Norbert Frei u.a.: Zur Rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus, Berlin 2019.

⁷ Ilko-Sascha Kowalczuk: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019, S. 280.

„In dem prätotalitären Meinungschaos, in dem ohnehin jeder, der etwas für wahr hielt, für einen Narren gehalten wurde, war es erheblich leichter, offenkundig absurde Behauptungen zu akzeptieren als die alten Wahrheiten, die zu frommen Banalitäten geworden waren.“⁸

Die Empörung ruht derweil, der Streit um Hindenburg keineswegs – ausgestanden ist noch gar nichts. Von politischer Strategie allerdings, diesen Beschluss in demokratiegemäßer Form durchzusetzen, war und ist nichts zu bemerken.

Wir erleben an solchem Beispiel im Kleinen und irgendwo, dass es *die* Erinnerungskultur nicht gibt. Die Nachkriegserinnerungskultur hat zwar ihre Hegemonie eingebüßt, sie war dennoch virulent vorhanden und erlebt nun laute Auferstehung. Und wir scheinen vergessen zu haben, dass diese ehemalige Hegemonie in einem zähen und harten politischen Ringen gebrochen werden musste. Anders lässt sich ein Ignorieren von Streitnotwendigkeit, das gemütliche, selbstreferentielle bei Sich Selbst-Sein – man/frau sieht ja immer dieselben Gesichter zu den regelmäßigen Anlässen im erinnerungskulturellen Kanon – kaum erklären. Manch selbstverständlich gewordene Rituale der Erinnerungskultur verformen sich in fromme Banalität.

Die Erinnerungskultur der Gegenwart suchte sich zudem selbst zu immunisieren, als sich ihre Träger – mit anderen – zur Zivilgesellschaft aufwarfen. Sie werden sich erinnern, dass parallel mit dem Wort Erinnerungskultur plötzlich von Zivilgesellschaft die Rede war und dies in einer durchaus demokratisch-republikanisch verfassten Gesellschaft wie unserer.

Dieser Begriff macht eigentlich nur Sinn, wenn sich eine in Unfreiheit und unter staatlicher Willkür leidende Gesellschaft gegen ihren Staat, seine Apparate, seine ihn tragenden Bewegungen und seine die Medien und Öffentlichkeit unterdrückenden Organe abgrenzen will und zur Wehr setzen muss. Hier bei uns steht dieser Begriff aber für die Selbstermächtigung eines Teils der Gesellschaft. Aber welches Teil soll das sein und – ja gegen wen eigentlich?

Ich paraphasiere Cornelia Koppetsch aus ihrem Buch „Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter“, um die Zivilgesellschaftler zu identifizieren: Wesentliche Teile der akademischen Mittelschicht avancierten zum neuen Bürgertum und wurden im Zuge der charismatischen Selbstveredelung zum zentralen Agenten der so bezeichneten Zivilgesellschaft.⁹

Gegenüber welchem Widerpart heben Mann und Frau ihre Zivilität hervor? Gegen den Staat ja wohl nicht, denn den besetzen sie in allen Poren selbst, staatliche Einrichtungen bekamen ja gerade – sagen wir seit den 70er-80er Jahren – einen zivilen Charakter, seine personellen Glieder sind ja wohl auch Teile der Gesellschaft. Gegen den Kapitalismus sowieso auch nicht,

⁸ Hannah Arendt 1958²: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt/Main, S. 170-171.

⁹ Wörtlich heißt es: „Wesentliche Teile der akademischen Mittelschicht avancierten zum neuen Bürgertum und wurden im Zuge der charismatischen Selbstveredelung zum zentralen Agenten auch einer durch exklusive Lebensstile und hochpreisige Stadtquartiere forcierten sozialen Schließung, während die traditionelle untere Mittelschicht zunehmend in die Defensive gerät.“ Cornelia Koppetsch: Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter, Bielefeld, 2019, S. 82.

denn die Zivilgesellschaftler haben seine neoliberalen Zins- und Selbstoptimierungsstrategien verinnerlicht und sind arg bemüht, sie der gesamten Gesellschaft aufzudrängen.

Ich kann das nun nicht weiter ausführen, ich halte diesen Begriff jedenfalls für ein Selbsttrugbild. Es wird verkannt, dass diese Gesellschaft nicht nur ökonomisch und politisch, sondern auch kulturell gespalten ist. Es wird verkannt, dass solche eine Spaltung dazu zwingt, um Positionen, Standpunkte, Einsichten zu ringen und nicht so zu tun, als ob ein Teil per Titulierung gut, richtig und selbstverständlich sei und anderes quasi außerhalb der Gesellschaft stünde. So unerträglich die Politik der AfD und ihrer Unterstützer*innen ist: Noch ist die AfD nicht bewaffnet, noch ruft sie nicht zum Bürgerkrieg auf, noch sind ihre Akteure und Wähler Teil der Gesellschaft, als solche sind sie zu bekämpfen.

Das geht nur, wenn alle im erinnerungskulturellen Kontext irgendwie aktiven Personen, egal ob in staatlich, halbstaatlich oder bürgerschaftlich organisierten Einrichtungen, sich in die gesellschaftspolitischen Streitarenen begeben.

Wohl an!

Impressum:

Der Newsletter EXTRA erscheint als Mitteilungsblatt an die Mitglieder und an Interessierte des Vereins. Netzwerk Erinnerung und Zukunft e.V., c/o Büro Dr. Horst Meyer & Partner, Bödekerstr. 90, 30161 Hannover; Tel +49 511 961 87 15; erinnerung-und-zukunft@t-online.de; www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de

Redaktion Dr. Peter Schyga (Netzwerkreferent)



wird institutionell gefördert von der Landeshauptstadt Hannover, Zentrale Angelegenheiten Kultur.

